

Milosevics Terror-Strategie in Kosovo

Grossoffensive – Verbrannte Erde – Flüchtlinge

Seit zehn Jahren – seit Milosevics Aufstieg zur Macht – tritt das serbische Regime in Kosovo als Fremdherrschaft auf; die Albaner werden als Untertanenvolk behandelt. Die Offensive der serbischen Truppen richtet sich nicht nur gegen die Guerilla, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Sie bezweckt, mit Zerstörung und Vertreibung die Wirtschaftskraft der Albaner zu schwächen und ihren Widerstand gegen die Unterdrückung zu brechen.



Frauen und Kinder warten im Dorf Labucevo auf humanitäre Hilfe. (Bild ap)

An einer Strassensperre bei Junik in Südkosovo steht neben der Sandsackburg der Polizisten ein Bub, ein hochaufgeschossener Bengel von elf Jahren etwa. «Shqip?» fragt er den Übersetzer, «albanisch?» Der Bub wohnt in der serbischen Siedlung nebenan. Seine Eltern sind Flüchtlinge aus Bosnien oder Kroatien. Sie wurden von den Belgrader Behörden hier einquartiert. Die Flüchtlinge sind dem Krieg entkommen, und jetzt hat der Krieg sie wieder eingeholt. Der Bub lebt in Kriegsumständen, seit er denken kann, seit dem Kindergarten. Jeden Tag sieht er Bewaffnete, jeden Tag donnern die Geschütze, jeden Tag prasselt die Propaganda aus dem Fernsehen. Er begreift bestimmt nicht, was um ihn herum vorgeht. Bis vor kurzem spielte er mit den albanischen Kindern aus dem Nachbardorf jenseits des Baches; von ihnen hat er das Albanische gelernt, das er fließend spricht. In einigen Jahren wird er vielleicht ein Gewehr in der Hand halten, um den «heiligen Boden Serbiens» zu verteidigen.

Heckenschützen und Granaten

Die serbischen Wehrdörfer an der Strasse Prizren-Pec bestehen aus mehreren Reihen von gleichförmigen, weissen Häuschen. Sie sind alle nach dem gleichen Schema angelegt, nach dem gleichen strategischen Kalkül, in geringer Distanz zur albanischen Grenze. Sie wurden vor Jahren errichtet. Der Krieg, der heute in Kosovo stattfindet, wurde von Belgrad seit Jahren vorbereitet. Bei den Dörfern haben nun Armee und Polizei ihre Stellungen eingerichtet. Zwischen den Häuschen sind blaue Polizeifahrzeuge zu sehen – die serbischen Truppen verstecken sich hinter den serbischen Zivilisten.

Junik ist seit Wochen eine von allen Seiten belagerte Frontstadt und wird nach Angaben eines lokalen Kommandanten der Befreiungsarmee Kosovo (UCK) seit Wochen täglich mit Granaten beschossen. Die serbischen Truppen kontrollieren die Hauptstrasse Prizren-Pec und halten auch verschiedene Stellungen in den Bergen an der Grenze zu Albanien. Sie haben manche Schmuggelpfade vermint; damit wird der Waffennachschub der UCK wirksam behindert. Es sind auch schon Flüchtlinge in die Minenfelder geraten. In die Gegenrichtung fliegen keine Granaten. Der Guerilla-Kommandant erklärt, er wolle nicht zivile Ziele beschliessen. Vermutlich hat er gar kein Geschütz mit genügender Reichweite zur Verfügung. Seine Leute verbringen die Tage in Schützengräben und hinter Sandsäcken. An Feldarbeit ist nicht zu denken, weil Scharfschützen auf alles schiessen, was sich bewegt. Das Gemüse verrottet in den Gärten, und das reife Korn wird wohl ebenfalls verfaulen oder verbrennen.

Der Beschuss Juniks begann am 29. Mai; man zählte 8 Tote und 15 Verletzte. Man wusste damals schon von den massiven Zerstörungen in der Kleinstadt Decani. Es gab auch haarsträubende Berichte über Massaker und Gefangenenlager; ob sie wahr waren, liess sich nicht überprüfen. Es herrschten Angst und Schrecken. Die Hälfte der Bevölkerung Juniks, 6000 von 12 000 Einwohnern, floh sofort in die Wälder, dann in die Berge, wo die Leute in Forst- und Alphütten einen Unterschlupf suchten. Später wurden sie aber auch dort von serbischen Truppen angegriffen, die immer weiter in die Berge vordrangen. Sie flohen weiter, einige nach Albanien, einige nach andern Gegenden Kosovos. Vor dem grossen Angriff Ende Juli waren nur noch 3000 Einwohner in Junik. Frauen oder Kinder waren nirgends zu sehen; sie waren weg oder blieben in den von hohen Mauern umgebenen Häusern.

Der Einsatz von Terrormethoden gegen die albanische Zivilbevölkerung ist ein zentrales Element der serbischen Kriegsführung in Kosovo, nicht nur im besonders exponierten Grenzraum zu Albanien, sondern auch im Hinterland. Besonders deutlich zeigte sich das bei der Eroberung von Orahovac. Bei den Kämpfen dort wurden vier serbische Einwohner getötet, aber laut der Äusserung eines serbischen Offiziellen «etwa hundert» albanische – eine hohe Zahl, wenn man bedenkt, dass die serbischen Truppen bei ihrem Vorstoss die schlecht organisierte Verteidigung der UCK innert Stunden ausschalteten. Im nahen Prizren kursierten sogleich Gerüchte über mehrere Massengräber; eines wurde gut sichtbar am Stadtrand von Prizren selbst angelegt. Dazu kamen die Erzählungen von entlassenen Gefangenen; sie erzählten von ritualisierten Prügelorgien und sadistischen Quälereien. Es gab auch Berichte von gefangenen Zivilisten, die als «lebende Schilde» verwendet wurden. Schliesslich sickerte die Nachricht von der Ermordung des Baba Sheh in Orahovac durch; die Exekution wurde laut einem Augenzeugen von einem Polizisten vollzogen. Mit der gezielten Ausschaltung eines weithin geachteten Oberhaupts der islamisch-albanischen Gemeinschaft wurde diese selbst enthaupet und kopflos gemacht.

Die serbischen Truppen gingen in Orahovac mit ausgeklügelter Systematik zu Werk; manches an ihrem Vorgehen erinnert an die Strategie der «ethnischen Säuberung» in Bosnien vor einigen Jahren. Die Männer unterzogen sie einem Paraffintest, um anhand von Schmauchspuren an den Händen festzustellen, wer ein Gewehr abgeschossen hatte. Das Schicksal der gefangenen UCK-Kämpfer ist ungewiss. Bei den gefangenen Zivilisten wurden nicht einzelne, sondern alle misshandelt, in Orahovac selbst oder im Gefängnis von Prizren; dieser Schluss drängt sich auf Grund von Interviews mit Betroffenen auf. Die Gewaltexzesse der serbischen Truppen waren offenkundig gewollt und befohlen. Als Element der psychologischen Kriegsführung taten sie ihre Wirkung: Die Berichte darüber machten sogleich die Runde und führten innert Kürze zu einer starken Demoralisierung der noch vor kurzem allzu hochgemuten kosovo-albanischen Öffentlichkeit.

Vernichtete Lebensgrundlagen

Das Ausmass der Demoralisierung zeigte sich wenige Tage später beim Angriff der serbischen Truppen auf das «befreite Gebiet» der UCK in Zentralkosovo. Die Guerilla leistete bei Lapusnik noch einigen Widerstand, dann war sie plötzlich wie von der Erdoberfläche verschwunden. Die Zivilisten verliessen Malisevo und die umliegenden Dörfer; Zehntausende von Dorfbewohnern flohen in die Wälder. Die serbischen Truppen konnten grosse Teile des zuvor von der Guerilla kontrollierten Gebiets praktisch kampflos erobern. Sie wandten die «Strategie der verbrannten Erde» an, ohne militärische Notwendigkeit. Sie zündeten grosse Ackerflächen an; Fernsehbilder, die von serbischen Stellungen aus aufgenommen waren, zeigten weite Landstriche in Flammen. Sie plünderten Häuser und brannten nach verschiedenen Berichten ganze Dörfer nieder.

Das Vorgehen der serbischen Truppen im ehemaligen «befreiten Territorium» der UCK bewirkt, dass Teile von Kosovo grossflächig zerstört und bis auf weiteres praktisch unbewohnbar sind. Die massive Polizeipräsenz in den Dörfern hemmt die Rückkehr der Flüchtlinge und damit den Wiederaufbau. Viele Bauern stehen vor dieser Situation: Sie können ihre Ernte nicht einbringen,

ihr Vieh ist krepirt oder weggetrieben, ihre Vorräte sind vernichtet oder abtransportiert, ihre Maschinen und Werkzeuge sind gestohlen oder kaputt – ihre Lebensgrundlagen sind vernichtet. Und die Offensive ist noch nicht zu Ende. Wenn sie mit den gleichen Mitteln wie bisher weiter vorangetrieben wird, ist damit zu rechnen, dass im Winter ein paar zehntausend oder hunderttausend Flüchtlinge ohne Unterkunft und Nahrungsmittel dastehen.

Staatsbürger als Untertanen

Die Bevölkerung Kosovos beträgt gut zwei Millionen; 90 Prozent sind Albaner. Eine halbe Million Kosovo-Albaner leben im Ausland. Viele Flüchtlinge werden nun bei Verwandten in Kosovo eine provisorische Bleibe finden, andere in die Nachbarländer Mazedonien und Albanien ziehen; manche versuchen, in der Schweiz und in Deutschland sowie weiteren Ländern Westeuropas unterzukommen. Die Auswanderung dürfte sich beschleunigen. Die Vertreibung von Kosovo-Albanern in grosser Zahl ist entweder das Ziel der serbischen Politik oder wird jedenfalls in Kauf genommen. In Belgrad wird das natürlich abgestritten; das Staatsfernsehen beteuert in allabendlicher Litanei, die albanische Minderheit stehe im Genuss aller Menschen- und Bürgerrechte, und die Autonomieregelung für Kosovo sei die beste

auf der Welt. Aber auf einer niedrigeren Stufe der Behördenhierarchie wird Klartext gesprochen. Bei der Ausweiskontrolle im Linienbus von Prizren nach Pristina ist folgender Dialog zwischen einem serbischen Polizisten und einem jungen Albaner zu verfolgen: «Woher kommst du? – Aus Junik. – Wohin gehst du? – Nach Österreich. – Es ist besser für dich, wenn du dort bleibst.»

Die neuesten Exzesse von Gewalt und Zerstörung der serbischen Truppen stellen keine Neuerung in der serbischen Kosovo-Politik dar, sondern sie markieren die Fortsetzung und Steigerung einer Unterdrückungsstrategie, welche Belgrad seit rund zehn Jahren gegen die Kosovo-Albaner anwendet, seit dem Aufstieg des heutigen jugoslawischen Präsidenten Milosevic zur Macht. Unter seiner Führung hat die serbische Herrschaft in Kosovo nichts anderes getan, als die Albaner mit Polizeiterror einzuschüchtern und mit bürokratischen Schikanen ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu schwächen. Besonders einschneidend war die Massentlassung von Albanern aus Staatsstellen, mit Höhepunkt um 1991; neuerdings wird Kosovo auch einer Lebensmittelblockade unterzogen. Dabei ging und geht es keineswegs nur um die Bekämpfung von «Terroristen», sondern um die Bekämpfung der kosovo-albanischen Bevölkerung insgesamt. Sie soll im Zustand eines Untertanenvolkes verharren.

NZZ 11.8.98

lingen überschwemmt. Sie wurden grösstenteils in Notzeltlagern untergebracht. Serbien liess mehrere führende Kosovo-Albaner umbringen.

Die anfänglich offenbar genährten Hoffnungen, Milošević werde nach wenigen Tagen konzentrierter Bombardierungen einlenken, erwiesen sich als Illusion. Es zeigte sich erneut, dass der Luftkrieg ohne Einsatz von Bodentruppen eine stumpfe Waffe bleibt. Erneut erlag der Westen gegenüber dem Machtpolitiker, Kriegsverbrecher und Massenmörder Slobodan Milošević einer krasen Fehleinschätzung. Man gab sich auch unhaltbaren Vergleichen mit Bosnien hin. Dort hatten kroatische und muslimische Truppen die Serben zum Rückzug gezwungen, noch bevor die NATO-Bombardierungen begannen. Die UÇK war für diese Rolle indessen zu schwach. Die ursprünglich auf militärische Ziele im engeren Sinne beschränkten Angriffe weiteten sich zunehmend auf die Zerstörung von Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen aus. Der Krieg forderte auch immer wieder zivile Todesopfer. Am 7. Mai wurde bei einem Angriff auf Belgrad die chinesische Botschaft getroffen.

Am 3. Juni stimmte Jugoslawien einem vom finnischen Staatspräsidenten Ahtisaari und dem ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin vermittelten Friedensplan der G 8-Staaten (sieben führende Industriestaaten und Russland) zu. Die UNO-Resolution 1244 vom 10. Juni übernahm diesen Plan. Zentrale Punkte der UNO-Resolution waren: zeitlich nicht begrenzte Stationierung einer von der UNO autorisierten "internationalen Sicherheitspräsenz" im Kosovo (Kosovo Force/KFOR); sie sollte Feindseligkeiten zwischen Albanern und Serben verhindern, die kosovo-albanischen Kampfgruppen (u.a. die UÇK) entwaffnen und ein sicheres Umfeld für die Rückkehr der Flüchtlinge und die Entwicklung geordneter Verhältnisse schaffen. Der UNO-Generalsekretär sollte eine "internationale zivile Präsenz" organisieren. Unter einer Uebergangsverwaltung sollte die Bevölkerung des Kosovo eine "substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien" geniessen. Jugoslawien wurde verpflichtet, alle Unterdrückungsmassnahmen im Kosovo einzustellen und alle militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte zurückzuziehen. Nach Abschluss des Rückzugs sollte eine bestimmte Anzahl von Militärs und Polizei zurückkehren können.

Die Kosovo Force (KFOR)

Obwohl Kosovo aufgrund der Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 10. Juni 1999 formell integraler Bestandteil Jugoslawiens blieb, übernahm die KFOR mit dem Abzug der jugoslawischen bewaffneten Kräfte, denen sich Zehntausende von Serben anschlossen, das Gewaltmonopol. Die grössten Kontingente stellten Grossbritannien, die USA, Frankreich, Deutschland und Italien. Sie erhielten die Kontrolle über jeweils einen Sektor des Kosovo-Territoriums. Die KFOR stand zuerst unter dem Oberbefehl des britischen Generals Michael Jackson, der im September vom Deutschen Klaus Reinhardt abgelöst wurde.

Hauptaufgaben der KFOR sind die Gewährleistung der Sicherheit aller ethnischen Gruppen und Schutz von Serben und Roma vor Vertreibungs- und Racheaktionen der Rückkehrer; die Entwaffnung der UÇK; die Räumung von Minen und von nicht gezündeten Bomben der NATO; der Aufbau provisorischer Strukturen öffentlicher Ordnung, Justiz und Verwaltung bis zur Uebernahme dieser Funktionen durch die zivile Uebergangsverwaltung der UNO.

Nach der handstreichartigen Uebernahme des Flughafens von Pristina durch einen russischen SFOR-Verband, der aus Bosnien-Herzegowina einmarschierte, einigten sich Russland und die NATO über die Einbindung russischer Einheiten in die KFOR. Unter dem Dach eines gemeinsamen NATO-Russland-Rats wurde das russische Kontingent mit der Kommandostruktur der NATO eng verknüpft, sollte jedoch weitgehend eigenverantwortlich handeln können. Die russischen Bataillone verteilten sich auf den amerikanischen (2), deutschen (2) und französischen (1) Sektor. Die russischen Soldaten wurden von der kosovo-albanischen Bevölkerung feindselig empfangen. Russland wurde als Verbündeter Serbiens betrachtet.

Menschenrechtsverletzungen

Nach Berichten von Flüchtlingen und Erkenntnissen westlicher Beobachter begann nach Abzug des UNO-Flüchtlingswerks (UNHCR) und der OSZE-Inspektoren am 19. März und mit verstärkter Intensität nach Beginn der NATO-Luftoffensive am 24. März 1999 eine von zahlreichen Gewalttaten begleitete systematische "ethnische Säuberung" im Kosovo durch die jugoslawische Armee und serbische paramilitärische Gruppen. Das Internationale Tribunal für Verbrechen im früheren Jugoslawien in Den Haag erhob am 27. Mai Ankla-

8

ge wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erliess Haftbefehl gegen den jugoslawischen Präsidenten Milošević und vier weitere führende serbische Politiker. Die erste Anklage gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt wegen Kriegsverbrechen lastete den Beschuldigten die Verantwortung für die Vertreibung von 740'000 Menschen aus dem Kosovo seit Februar 1998 und die Ermordung von mehr als 340 Kosovo-Albanern seit Januar 1999 an. Der Chef der zivilen Uebergangsverwaltung (United Nations Interim Administration Mission, UNMIK), der Franzose Bernard Kouchner, bezifferte am 2. August die Anzahl der in Massengräbern aufgefundenen Leichen auf rund 11'000. Die Rückkehr der kosovo-albanischen Flüchtlinge war begleitet von zahlreichen Gewalttaten gegen Serben und Roma. Bis Anfang Juli flohen etwa 70'000 der 200'000 im Kosovo lebenden Serben.

Flüchtlinge

Als Folge der von Uebergriffen gegen die albanische Bevölkerung und Vertreibungsmassnahmen begleiteten Offensive der jugoslawischen Truppen und serbischen Sicherheitskräfte gegen die UÇK befanden sich nach Schätzung internationaler Flüchtlingsorganisationen Ende September 1998 rund 275'000 Menschen innerhalb des Kosovo auf der Flucht; nach albanischen Angaben wurden mehr als 400'000 vertrieben. Nach dem Milošević-Holbrooke-Abkommen vom 13. Oktober 1998 kehrten die meisten an ihre Wohnorte zurück.

Seit Ende Dezember 1998 und sprunghaft seit Ende Februar 1999 stieg die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge bis Mitte März nach Schätzung des UNHCR erneut auf 440'000 an (22 % der Gesamtbevölkerung). 240'000 Personen suchten innerhalb der Provinz Zuflucht. 200'000 gingen nach Montenegro, Serbien, Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und verschiedene Länder Westeuropas. Angesichts der noch vor Beginn der NATO-Luftoffensive (24. März) einsetzenden Vertreibung der Kosovo-Albaner durch jugoslawische Truppen errichteten das UNHCR und andere humanitäre Organisationen sowie die NATO Flüchtlingslager in Mazedonien und Albanien.

Am 26. Mai bezifferte das UNHCR die Zahl der Kosovo-Flüchtlinge in Albanien auf 440'000, in Mazedonien auf 247'000, in Montenegro auf 64'000, in Serbien (nach serbischen Angaben) auf

60'000, in Bosnien-Herzegowina auf 21'500, die Zahl der Binnenflüchtlinge auf eine halbe Million.

Mit dem Einrücken der KFOR nach Kosovo am 11. Juni begann unter chaotischen Umständen die Massenrückkehr der Flüchtlinge aus Nordalbanien und Mazedonien (nach UNHCR-Angaben bis Anfang Juli gegen 600'000).

Die Rolle der UÇK

Mit der zunehmenden Verlagerung des Kosovo-Konflikts auf die militärische Ebene gewann die Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) unter den im Kosovo verbliebenen Albanern politisch die Oberhand über die von dem im März 1998 gewählten (von der UÇK jedoch nicht anerkannten) Präsidenten Ibrahim Rugova repräsentierten Kräfte, die das Ziel der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo auf friedlichem Weg zu erreichen suchten. Am 2. März 1999 ernannte die UÇK den 29jährigen Leiter ihrer politischen Direktion, Hashim Thaçi, zum Chef einer von der UÇK geführten provisorischen Regierung, die zunächst im Exil in Tirana residierte. In ihr war das von Rexhep Qosjas geführte Parteienbündnis Vereinigte Demokratische Bewegung mit fünf Kabinettsposten vertreten, während Rugovas Demokratischer Liga des Kosovo das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten reserviert wurde. Der mit Rugova zusammenarbeitende Chef der kosovo-albanischen Exilregierung in Deutschland, Bujar Bukoshi, sprach der Regierung Thaçi die demokratische Legitimation ab.

Am 7. März 1999 fand der Friedensplan der Balkan-Kontaktgruppe die grundsätzliche Zustimmung des vornehmlich aus gemäßigten Vertretern bestehenden Parlaments der Kosovo-Albaner in Priština. Am 12. März stimmten die UÇK-Kommandanten zu. Thaçi unterschrieb den Friedensplan in Paris.

Am 21. Juni verpflichtete sich die UÇK in einem Abkommen zwischen Thaçi und dem Kommandanten der NATO-Truppen im Kosovo, Michael Jackson, innerhalb einer Woche alle schweren Waffen abzugeben und sich innerhalb von drei Monaten bis auf Handfeuerwaffen vollständig demilitarisieren zu lassen. Dieser Verpflichtung kam die UÇK nur unvollständig nach. Mit ihrer funktionierenden Infrastruktur stellt die UÇK die einzige Ordnungsmacht unter den Kosovo-Albanern dar.

Bei mehreren Razzien hob die KFOR Waffenlager der offiziell aufgelösten UÇK aus, das grösste am 18. Juni 2000 in der Region Drenica. Die Partei für den demokratischen Fortschritt, des politischen Arms der UÇK, gründete sich am 22. Mai neu als Demokratische Partei Kosovo unter der Führung Thaçis. Bei den Lokalwahlen vom 28. Oktober 2000 wurde die Partei geschlagen. Siegerin wurde die von Ibrahim Rugova geführte Demokratische Liga Kosovos. Damit ergab sich ein deutliches Votum gegen die früheren UÇK-Kämpfer. Eine Mehrheit der Bevölkerung machte die Leute Thaçis für die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft verantwortlich. Laden- und Restaurantbesitzer mussten Abgaben an selbst ernannte "Steuereintreiber" entrichten.

In der ethnisch geteilten Stadt Kosovska Mitrovica nördlich von Priština kam es Anfang Februar 2000 zu schweren Auseinandersetzungen. Kosovo-Albaner versuchten mehrmals, den überwiegend von Serben bewohnten Nordteil der Stadt zu stürmen, aus dem die albanische Minderheit schon vertrieben worden war oder unter starkem Druck stand. Den französischen KFOR-Truppen wurde von den Albanern vorgeworfen, sie seien proserbisch; sie wurden ebenfalls attackiert und mussten verstärkt werden. Am 21. Februar demonstrierten rund 50'000 Albaner mit einem Protestmarsch von Priština nach Mitrovica gegen die Teilung der Stadt. Kouchner hatte schon im Dezember 1999 eine versöhnte multiethnische Gesellschaft auf absehbare Zeit für unrealistisch erklärt.

Kosovo oder Kosova?

Der Streit um die ehemalige Provinz beginnt bei der Namensgebung. Während die Serben und das offizielle Belgrad an der im ehemaligen Jugoslawien gebräuchlichen Bezeichnung Kosovo-Metohija festhalten, beharren die Kosovo-Albaner auf dem Namen Kosova. Sie verlangen eine sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit. Als Begründung machen sie ihre krasse demographische Dominanz sowie erlittenes Unrecht durch das Milošević-Regime geltend. Die Serben berufen sich auf ihre lange Präsenz und ihr reiches kulturelles Erbe in Kosovo.

Unter der UNO-Uebergangsverwaltung (UNMIK; Leiter nach Kouchner wurden der Däne Hans Haekkerup, dann der Deutsche Michael Steiner und schliesslich der Finne Harri Holkeri) und unter Aufsicht der OSZE wählte die Bevölkerung am 17. November 2001 ein Parla-

ment. Die albanische Demokratische Liga (LDK) Ibrahim Rugovas wurde mit rund 46 % stärkste Kraft, gefolgt von der Demokratischen Partei (PDK) des früheren Führers der UÇK Hashim Thaçi (gut 25 %). Die Einheitsliste der serbischen Minderheit Povratak ("Rückkehr") erzielte 11 %. Die radikalalbanische Allianz für die Zukunft Kosovos des ehemaligen Milizenführers Ramush Haradinajs (AAK) erreichte knapp 8 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,2 % (Albaner 65 %, Serben 46 %). Das Parlament wählte am 5. März 2002 Rugova zum Präsidenten.

Die in Kosovo verbliebene serbische Bevölkerung, weniger als 5 % der gesamthaft rund zwei Millionen Einwohner, lebt in wenigen, von internationalen Truppen beschützten Enklaven. Ausser im Norden der Provinz ist ihre Bewegungsfreiheit minimal, die wirtschaftlichen Perspektiven sind düster.

Die Formel der UNO (Resolution 1244) lautet: Standard vor Status. Bevor die Frage des endgültigen Status (Autonomie oder Unabhängigkeit) entschieden wird, sind gewisse Standards zu erreichen: Rechtsstaatlichkeit, Bewegungsfreiheit und Rückkehr vertriebener Minderheiten (Serben, Roma), funktionierende demokratische Institutionen, Marktwirtschaft, Schutz des Privateigentums und Normalisierung der Beziehungen zu Belgrad.

Auf Druck der UNMIK ist eine multiethnische Regierung gebildet worden. Andererseits sabotieren die Serben die Bemühungen zur Wahrung der Einheit Kosovos, indem sie parallele Strukturen aufbauen, z.B. im nördlichen Teil von Mitrovica. Die Rückkehr der geflüchteten Serben geht nur schleppend vor sich.

es folgt - 'Umben 2004
 . Stefan Frey

2 Blätter
 1 Blatt

Die Statusfrage

Im Oktober 2005 forderte der Jurist und serbische Ministerpräsident Vojislav Koštunica vor dem UNO-Sicherheitsrat, die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens zu schützen. Auf dem Spiel stehe nicht nur das Schicksal eines Balkanstaates, sondern auch zentrale Prinzipien des internationalen Rechts, auf denen die UNO beruhe. Er verwies auf deren Charta und die Helsinki-Schlussakte (1975), welche die Unversehrbarkeit international anerkannter Staaten garantieren. Ein weiterer Hinweis galt der Badinter-Kommission, einem Schiedsgericht, das zum Schluss gekommen war, einzig die vormaligen Teilrepubliken des zerfallenden Jugoslawien hätten ein Recht auf Unabhängigkeit. Kosovo war aber eine Provinz Serbiens. (Die Tito-Verfassung von 1974 hatte allerdings die Stellung Kosovos aufgewertet und faktisch, wenn auch nicht streng rechtlich, mit den sechs Republiken Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien gleichgesetzt. Die gleiche Aufwertung erlebte auch die Vojvodina. Nach Titos Tod 1980 sassen Vertreter Kosovos und der Vojvodina im achtköpfigen Präsidium Jugoslawiens. Milosevic hatte diese Aufwertung gewaltsam rückgängig gemacht.) Für die Verhandlungen im Jahre 2006 stellte Serbien fünf Forderungen auf: Der serbische Souveränitätsanspruch, eine weitgehende Autonomie der kosovo-albanischen Bevölkerung, die Dezentralisierung der Provinz, die Schaffung einer serbischen "Entität" (vom lateinischen Verb für "sein", also etwa "Dasein", "Gebilde") und der Schutz des serbischen Kulturerbes und des Eigentums. Serbien holte sich den Schweizer Juristen Thomas Fleiner ins Team. Die Albaner liessen sich von Paul R. Williams, einem amerikanischen Spezialisten für internationales Recht, beraten. Dieser vertrat das Konzept der verdienten Souveränität (earned sovereignty). Zur Lösung von Territorialkonflikten gebe es einen Mittelweg zwischen jenen, die an bestehenden Souveränitätsansprüchen festhielten (wie die Serben), und jenen, die das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts forderten (wie die Kosovo-Albaner). Verdiente Souveränität bedeutet nach Williams die allmähliche, an Bedingungen geknüpfte Uebertragung von Hoheitsrechten von einem Staat auf eine substaatliche Entität unter internationaler Aufsicht. Dies ist seit 1999 geschehen; die Hoheitsrechte wurden

von der UNO-Verwaltung (Unmik) auf die kosovarischen Institutionen übertragen.

Es gibt indessen nicht nur rechtliche Aspekte. Moralische Erwägungen spielen gerade beim Kosovo eine grosse Rolle. Serbien hat den Anspruch auf die Provinz mit seiner Politik der Unterdrückung, der Massenvertreibungen und der Massaker verspielt. Nach 1999 drehten dann allerdings die Albaner den Spiess um und vertrieben die Serben.

Eine multiethnische Gesellschaft hat es im Kosovo nie gegeben (auch nicht unter dem späten Tito) und wird es wohl kaum je geben. Ueber 60 Prozent der Serbinnen und Serbien hat übrigens Kosovo nie besucht, die Berichterstattung der Medien ist tendenziös. Kosovo ist für Serbien identitätsstiftender geschichtsträchtiger Ort; am Leben und an der Eigenart der Albaner ist Serbien nicht interessiert.

Am 20. Februar 2006 begannen in Wien direkte Verhandlungen zwischen den Delegationen Serbiens und Kosovos. Eine Einigung kam auch nach Monaten nicht zustande.

Serbien gab sich eine neue Verfassung, in deren Präambel Kosovo als integraler Teil Serbiens festgeschrieben wurde (Ende Oktober 2006). Die Stimmbeteiligung betrug knapp über 50 Prozent (trotz einer intensiven Massenmobilisierung von Regierung und Opposition). "Dass es den drei grössten Parteien des Landes, der regierenden Demokratischen Partei Serbiens von Ministerpräsident Koštunica sowie den oppositionellen Demokraten von Präsident Tadić und den nationalistischen Radikalen des mutmasslichen Kriegsverbrechers Šešelj, nicht gelang, für ihr Anliegen eine solide Mehrheit zu finden, kommt einem politischen Bankrott gleich." (NZZ 30.10.2006) Kosovo liegt vielen Serbinnen und Serben offenbar gar nicht so am Herzen.

Am 2. Februar 2007 legte der UNO-Vermittler, der Finne Martti Ahtisaari, seine Vorgaben für den künftigen Rechtsstatus Kosovos vor. Obwohl der Begriff "Unabhängigkeit" fehlte, bestand kein Zweifel über den Ausgang der postulierten Lösung. Kosovo erhielt das Recht auf Einsitz in internationalen Organisationen, eine eigene Verfassung, eine eigene Flagge, eine eigene Armee sowie den Auftrag zum Schutz seiner Grenzen. Die Rechte der ethnischen Minderheiten sollten gesichert sein. Albanisch und Serbisch sollten Amtssprachen sein. Ein Zusammenschluss Kosovos

